

<b>Antrag</b> öffentlich	Datum 24.08.2006	Nummer A0153/06
Absender <b>Fraktion Die Linkspartei.PDS</b>		
Adressat Vorsitzender des Stadtrates Herrn Ansorge		
Gremium	Sitzungstermin	
Stadtrat	07.09.2006	

Kurztitel  Bericht der psychosozialen Arbeitsgemeinschaft 2005 dem Stadtrat vorlegen - Ehrenamt würdigen
--

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. den Bericht der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG) zur gemeindezentrierten psychiatrischen und psychosozialen Versorgung in der Landeshauptstadt Magdeburg 2005 dem Stadtrat als Drucksache oder Information kurzfristig zur Kenntnis zu geben;
2. bis zum Frühjahr 2007 einen Workshop durchzuführen mit dem Ziel, gemeinsam mit Akteuren der PSAG, weiteren Fachleuten und Vertretern aus Stadtrat und Verwaltung die im Bericht enthaltenen Empfehlungen und Schlussfolgerungen hinsichtlich ihrer Umsetzung zu erörtern;
3. dem Stadtrat bis zum Juni 2007 differenzierte Schlussfolgerungen bezogen auf die jeweiligen Versorgungsbereiche zur Beschlussfassung vorzulegen;
4. die engagierte langjährige ehrenamtliche Arbeit der Mitglieder der psychosozialen Arbeitsgemeinschaft angemessen zu würdigen.

### **Begründung:**

Die Entwicklung gemeindeintegrierter psychiatrischer und psychosozialer Versorgung in der Landeshauptstadt Magdeburg wird seit 1995 fachlich durch die Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft (PSAG) Magdeburg begleitet (Konzept zur Entwicklung gemeindeintegrierter psychiatrischer Versorgung in der Stadt Magdeburg – Stadtratsbeschluss Nr. 293-18(II)95; Organisation und Arbeitsweise der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft – Stadtratsbeschluss Nr. 1139-55(II)97). Im Rahmen der Daseinsvorsorge der Kommune und aus Sicht der demografischen Entwicklung gewinnen dieser Bericht und seine Vorläufer für die Versorgung von Menschen mit psychischer Störung, seelischer Behinderung, geistiger Behinderung

und/oder Suchterkrankung zunehmend an Gewicht. Die Lebensqualität betroffener Menschen und die sich daraus ergebenden komplexen und z. T. neuen Aufgaben gehören deshalb in das direkte kommunal-politische Entscheidungsfeld des gesamten Stadtrates und nicht eines einzelnen beratenden Ausschusses.

Mit der Kenntnisnahme und Festlegung von umzusetzenden Aufgaben aus o. g. Beschlussempfehlungen in Verbindung mit den Empfehlungen der PSAG sollte der Stadtrat deshalb entsprechende Aufträge zum Verwaltungshandeln auslösen können.

Die Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft Magdeburg (PSAG) ist das Gremium, in dem jene Vertreter der freien Wohlfahrtspflege und Träger der öffentlichen Daseinsvorsorge zusammenarbeiten, die an der Versorgung von psychisch Kranken, seelisch und geistig behinderten Menschen und Suchtkranken in der Stadt Magdeburg beteiligt sind. Die AG bringt sich in ihrem Wirken für Benachteiligte in die schrittweise Verbesserung der Versorgung dieser Menschen in der Landeshauptstadt Magdeburg ein.

Der Bericht 2005 ist die vierte Fortschreibung zur konzeptionellen Weiterentwicklung der gemeindeintegrierten psychiatrischen und psychosozialen Versorgung in der Stadt Magdeburg. Er beinhaltet die aktuelle Versorgungssituation in der Stadt Magdeburg, eine Situationsbewertung sowie Zielstellungen und Maßnahmen, die sich aus fachlicher Sicht für die künftige Arbeit ableiten lassen.

Zukünftig soll – nach Aussage im Gesundheits- und Sozialausschuss - die Berichterstattung der PSAG zusammen mit dem Sozial- und Wohnungsbericht in den Bericht zur sozialen Lage der Magdeburger Bevölkerung (I 217/05 als Beispiel) einfließen.

Wir empfehlen die ernsthafte Prüfung, inwieweit durch ein Einarbeiten des Berichtes der PSAG in die Berichterstattung zusammen mit dem Sozial- und Wohnungsbericht durch Beschränkungen bzw. Kürzungen wichtige Problemfelder der gemeindeintegrierten psychiatrischen und psychosozialen Versorgung in der Landeshauptstadt Magdeburg aus dem Gesichtsfeld des Stadtrates geraten könnten.

Regina Frömert  
Stellv. Fraktionsvorsitzende